



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksamt Hamburg-Nord

### Bezirksversammlung

Kleine Anfrage

Drucksachen-Nr.  
11.04.2012

#### **KLEINE ANFRAGE**

gem. § 24 Bezirksverwaltungsgesetz

**- öffentlich -**

der Bez.Abg. Dr. Andreas Schott, Jens Grapengeter (CDU)

Beratungsfolge	am	TOP
Kleine Anfragen		

11.04.2012

#### **Konsolidierungsbeitrag der Bezirke**

Der Senat hat im Dezember 2011 im Rahmen des Haushaltsplanentwurfs 2013/2014 für den Einzelplan des Bezirksamtes Hamburg-Nord Eckdaten vorgegeben. Auf der Grundlage dieser Eckdaten musste das Bezirksamt im März 2012 bei der Finanzbehörde seine Planung für den Haushalt 2013/2014 einreichen.

#### **Dies vorausgeschickt, frage ich den Herrn Bezirksamtsleiter:**

1. Ist dem Bezirksamt eine politisch verbindlich festgelegte Vorgabe des Hamburger Senats bekannt, an der sich alle nachgeordneten Bereiche bei der Konsolidierung des Haushalts 2013/2014 orientieren können?
2. a.) Welche Beträge weist besagter Eckdatenbeschluss für das Gesamt- bzw. das Personalbudget der Jahre 2013 bis 2017 aus? Welche von der zuständigen Behörde anerkannten (möglicherweise extern verursachten) Mehrbedarfe rechtfertigen die Ausgabensteigerung in den Jahren 2013-2017? Wie hoch ist die jährliche und wie hoch die durchschnittliche Steigerung der Ausgaben?  
b.) Wie hoch waren die tatsächlichen Ausgaben des Bezirkes im Jahr 2011 insgesamt und für Personal? Wie hoch sind die Planausgaben jeweils für das Jahr 2012?
3. a.) Welche bereits jetzt bekannten weiteren Mehrbedarfe bzw. Belastungen müssen mit denen unter 1. bzw. 2. genannten Ausgabeansätzen gedeckt werden, wurden aber zugleich nicht als den Ausgabenansatz erhöhend anerkannt und erhöhen so den Konsolidierungsdruck?  
b.) Welche Globalen Minderausgaben sind in den Jahren 2013 bis 2017 noch zu erbringen?

4. Wie beurteilt das Bezirksamt weitere Konsolidierungsrisiken, wie die Höhe des Tarifabschlusses 2013 und die Höhe der Inflationsrate hinsichtlich der Auskömmlichkeit des Eckwertebeschlusses des Senats?
5. Welche Maßnahmen plant das Bezirksamt, um die für den Einzelplan des Bezirksamtes im Eckdatenbeschluss des Senats für die Jahre 2013 und 2014 vorgesehenen Kürzungen umzusetzen?
6. Wie viele Stellen müssen dafür in den Jahren 2013 und 2014 abgebaut werden?
7. Wie viele Stellen werden dies insgesamt bis zum Jahr 2017 sein?
8. a.) Wie beurteilt das Bezirksamt ggf. notwendig werdende Zentralisierungen von Aufgaben innerhalb der Bezirksverwaltung?  
b.) Plant das Bezirksamt bis zum Jahr 2017 Schließungen von Dienstleistungszentren, um den Eckwertevorgaben und der mittelfristigen Ausgabenplanung zu entsprechen?
9. Wird es Schonbereiche geben, also Stellen, die sofort wieder besetzt werden dürfen?
10. Kann das Bezirksamt sicherstellen, dass – bei Berücksichtigung der Einsparpläne des Eckdatenbeschlusses – weiterhin alle Aufgaben des Bezirksamtes angemessen erfüllt werden? Wenn nicht, wie will das Bezirksamt damit umgehen?
11. Werden die mit den Tariferhöhungen verbundenen neuen zusätzlichen Personalkosten im Haushaltsentwurf des Bezirksamtes von zentralen Haushaltstiteln ausgeglichen? Wenn nicht, wie können diese höheren Ausgaben dennoch erbracht werden?

Dr. Andreas Schott  
Bezirksabgeordneter

Jens Grapengeter  
Bezirksabgeordneter